



PRESSEMITTEILUNG

Nr.6/GP

08.01.2023

**Holetschek: Psychosen wegen Cannabis haben sich in Bayern vervielfacht
- Bayerns Gesundheitsminister dringt auf Stopp der Berliner
Legalisierungs-Pläne - Gesundheitssystem vor zusätzlicher Belastung
bewahren**

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat vor einer zusätzlichen Belastung des Gesundheitssystems durch die geplante Cannabis-Legalisierung der Bundesregierung gewarnt. Holetschek sagte am Sonntag in München: „Allein in den vergangenen Jahren haben in Bayern die akuten stationären und ambulanten Behandlungen wegen Folgen von Cannabiskonsum deutlich zugenommen. Zwischen 2008 und 2020 haben sich die Fälle von stationär behandelten Psychosen in Verbindung mit Cannabis mehr als verzehnfacht – von 56 Fällen 2008 auf 631 Fälle 2020. Im ambulanten Bereich ist die Zahl der Psychosen durch Cannabiskonsum zwischen 2018 und 2020 um ein Viertel gestiegen, von 1.513 Fällen 2018 auf 2.007 Fälle 2020. Das zeigt deutlich, dass wir mehr Kraft in Prävention und Aufklärung stecken müssen, anstatt Cannabis legal zu machen.“

Der Minister betonte: „Ich warne eindringlich davor, dass sich diese Entwicklung durch die geplante Legalisierung verschärfen und beschleunigen dürfte. Wir beobachten eine ähnlich alarmierende Tendenz steigender Behandlungszahlen in Teilen der USA: Dort ist Cannabis in einigen Staaten wie Colorado legalisiert – und wir sehen, dass sich seit der Legalisierung die Rate der cannabisbedingten Vergiftungsfälle und cannabisbezogenen Krankenhausaufnahmen mehr als verdoppelt hat. Wir dürfen nicht dieselben Fehler in Deutschland wiederholen, die andere vor uns gemacht haben. Deswegen fordere ich Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach auf, die Cannabis-Legalisierung endlich zu stoppen.“

Holetschek ergänzte: „Die Politik ist verpflichtet, auch die Kosten des Gesundheitssystems im Blick zu behalten. Legale Drogen wie Alkohol und Tabak belasten das System bereits in erheblichem Ausmaß. Es wäre fahrlässig, wenn durch die Legalisierung von Cannabis eine weitere Belastungsquelle hinzukäme.“

Holetschek forderte anstelle der umstrittenen Legalisierung mehr Engagement des Bundes bei der Prävention und verwies auf bayerische Projekte. Der Minister sagte: „Bayern engagiert sich mit Präventionsangeboten im Kampf gegen Drogen und vor allem gegen Cannabiskonsum. Erst Anfang November haben wir ein [neues bayerisches Projekt zur systematischen Cannabisprävention an Schulen](#) gestartet. Pro



Jahr wollen wir rund 1.500 Schulklassen im Klassenverbund der Jahrgangsstufen 8 oder 9 in Präventionsworkshops mit geschulten externen Fachkräften erreichen. Bis Ende 2024 investieren wir dafür rund 1,6 Millionen Euro.“

Der Minister verwies auch auf etablierte Projekte wie „FreD“ (Frühintervention bei erst auffälligen Drogenkonsumentinnen und -konsumenten), das sich an Jugendliche und junge Erwachsene richtet, die erstmals mit illegalem Drogenkonsum auffällig werden, oder das Präventionsprojekt „mindzone – sauber drauf“, bei dem ausgebildete Peers Gleichaltrige im Partyleben und auf Veranstaltungen für die Gefahren von Drogenkonsum sensibilisieren. Zudem warb Holetschek für bestehende Beratungs- und Hilfsangebote wie die rund 110 ambulanten psychosozialen Beratungs- und Behandlungsstellen, dazu niedrigschwellige Hilfsangebote in den Kommunen sowie stationäre Entzugs- und Entwöhnungsbehandlungsangebote in Allgemeinkrankenhäusern und spezialisierten Fachkliniken.

Holetschek bekräftigte: „Cannabis ist in der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen die mit Abstand bedeutendste und am häufigsten konsumierte illegale Droge. Zudem ist die Droge für diese Gruppe besonders gefährlich, weil sich das Gehirn noch bis etwa Mitte 20 entwickelt und Cannabis hier zu irreversiblen Schäden führen kann. Deswegen ist Prävention in dieser Altersgruppe besonders wichtig. Die beste Prävention wäre jedoch, die Droge gar nicht erst zu legalisieren.“

Der bayerische Gesundheitsminister hatte am 16. Dezember in München ein Symposium zu den Gefahren und Risiken der geplanten Cannabis-Legalisierung ausgerichtet und mit Experten aus Kinder- und Jugendmedizin, Therapie und Staatsanwaltschaft auf dem Podium diskutiert. Holetschek hat zudem ein [Rechtsgutachten](#) beauftragt, um die Pläne der Ampel-Koalition europarechtlich zu prüfen.